

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 13 | 31.03.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 34/2017](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 30 Abs 3 zweiter Teilstrich des Einkommensteuergesetzes 1988** in der Fassung BGBl I Nr 112/2012 durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 35/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Post-Betriebsverfassungsgesetz**, das **Landarbeitsgesetz 1984** und das **Behinderteneinstellungsgesetz** geändert werden (Verlängerung der Tätigkeitsdauer von Personalvertretung, Konzernvertretung und Rechnungsprüfer; Verlängerung der Bildungsfreistellung)

[BGBl I 36/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz** und das **Landarbeitsgesetz** geändert werden (Änderungen von Verweisungen hinsichtlich der Fixbeträge)

[BGBl I 37/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsverfassungsgesetz** geändert wird (Erhöhung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer)

[BGBl I 38/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 und das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz geändert werden (**Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2017 – SVÄG 2017**) (Ausweitung des Anspruchs auf berufliche Rehabilitation; Schaffung einer Grundlage für die Durchführung der „medizinisch-berufsorientierten Rehabilitation“; Einführung einer absoluten Verjährungsfrist für verschiedene Bescheiderlassungen; Reduzierung der Beitragsleistung zum Sozial- und Weiterbildungsfonds)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 83 v 29.03.2017, 38](#)

Beschluss (EU) 2017/502 der Kommission vom 21. Oktober 2015 über die **staatliche Beihilfe** der Niederlande SA38374 (2014/C) (ex 2014/NN) zugunsten von Starbucks

[ABl L 83 v 29.03.2017, 116](#)

Beschluss (EU) 2017/503 der Kommission vom 8. November 2016 über die **Beihilferegelung** SA39621 2015/C (ex 2015/NN)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.02.2017, [E 257/2017 ua](#)

Gesetz über den Erwerb und den Verlust der Landes- und Bundesbürgerschaft 1925; Ablehnung der Beschwerde auf **Anerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler**; keine Verletzung im **Recht auf Gleichheit**, da das Gesetz aus 1925 auf Personen, die immer in Südtirol und nie im jetzigen Österreich ein Heimatrecht hatten, nicht anwendbar ist

02.03.2017, [G 364/2016 ua](#)

ParteienG; Parteien-FörderungsG; Teils Ab-, teils Zurückweisung des Individualantrags einer politischen Partei auf Aufhebung von Bestimmungen des ParteienG und des Parteien-FörderungsG betreffend die **Verpflichtung zur jährlichen Erstellung eines Rechenschaftsberichts** und dessen Prüfung durch zwei unabhängige Wirtschaftsprüfer; keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Einbeziehung aller im Bundesgebiet tätigen politischen Parteien in **Transparenz- und Offenlegungspflichten** bezüglich ihrer Parteienfinanzen

07.03.2017, [V 68/2016](#)

Unkostenbeitrags-VO der Universität Salzburg; Verfassungswidrigkeit der in einer Verordnung des Rektorats der Universität Salzburg angeordneten **Einhebung eines Unkostenbeitrags** für – im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Regelstudium stehende – Repetitorien an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät **mangels gesetzlicher Grundlage**

07.03.2017, [G 374/2016](#)

Wr DienstO; Zurückweisung des durch einen **Einzelrichter eingebrachten Antrags** des Verwaltungsgerichts Wien auf Aufhebung einer Bestimmung über die Verfügung der Ruhestandsversetzung eines Beamten der Stadt Wien durch die gemeinderätliche Personalkommission mangels Antragstellung durch ein legitimiertes Organ; Entscheidung des Verwaltungsgerichts über Beschwerden gegen Bescheide der gemeinderätlichen Personalkommission in Senatsbesetzung; daher **nur zuständiger Senat antragslegitimiert**

14.03.2017, [G 164/2016](#)

Tabak- und NichtraucherenschutzG; keine Verfassungswidrigkeit des **gesetzlichen Verbots des Versandhandels mit E-Zigaretten** und Liquids; Abweisung des Individualantrags der Betreiberin eines Onlineshops; keine Verletzung der **Erwerbsfreiheit**; Versandhandelsverbot im öffentlichen Interesse des Gesundheits-, Konsumenten- und Jugendschutzes gelegen und zur Zielerreichung geeignet und adäquat; kein Verstoß gegen das **Eigentumsrecht**; keine **unsachliche Gleichbehandlung** von E-Zigaretten mit Tabakerzeugnissen und anderen verwandten Erzeugnissen; Informationspflichten der Hersteller und Importeure von elektronischen Zigaretten nicht unsachlich und hinreichend bestimmt

14.03.2017, [G 311/2016](#)

GmbHG; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung von Bestimmungen über die **Gründungskapitalgrenzen der GmbH**; keine Gleichheitswidrigkeit durch zweimalige Änderung der Gründungskapitalgrenzen in kurzem Zeitraum; die Novellierung ist sachlich gerechtfertigt und birgt auch keine sonstigen Verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz, insbesondere gegen den Vertrauensschutz; Gesetzgeber handelt im **rechtspolitischen Gestaltungsspielraum**

15.03.2017, [G 394/2016](#)

PrivatschulG; Unzulässigkeit eines Individualantrags auf Aufhebung von Regelungen betreffend die **Subventionierung** konfessioneller bzw nicht-konfessioneller **Privatschulen** infolge **Zumutbarkeit des Verwaltungsrechtswegs** bzw mangels Beeinträchtigung rechtlich geschützter Interessen

14.03.2017, [G 405/2016 ua](#)

StrafprozessO; Abweisung von Parteianträgen auf Aufhebung der Regelungen über den pauschalieren, vom Bund zu leistenden Beitrag zu den Kosten der Verteidigung bzw die allgemeine Kostentragungspflicht für Vertreter im Strafverfahren; **Kostenersatz bei Freispruch** oder Einstellung des Verfahrens **verfassungsrechtlich nicht geboten**; keine unsachliche Festlegung der Kostenbeiträge; kein allgemeiner Anspruch eines Angeklagten auf Kostenersatz nach der EMRK

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

16.02.2017, [Ro 2014/05/0018](#)

AVG; kein Verstoß gegen die Vorschrift des § 59 Abs 1 AVG, wenn die Behörde im **Spruch** zwar den **Verpflichteten zunächst abstrakt bezeichnet**, dann aber in der Zustellverfügung diejenige Person benennt, auf welche sich der Spruch bezieht; der Zustellverfügung kommt wesentliche Bedeutung zu, weil dadurch erst die notwendige Individualisierung bewirkt wird

22.02.2017, [Ra 2014/10/0037](#)

ForstG; die **Rodungsbewilligung** bindet deren Gültigkeit nicht nur an die ausschließliche Verwendung der Fläche zum beantragten Zweck, sondern setzt überdies einen Zeitpunkt fest, zudem die Rodungsbewilligung erlischt, wenn der **Rodungszweck** nicht erfüllt wurde; bei Bindung der Rodungsbewilligung an den Rodungszweck „Bebauung mit Wohnhäusern“ ist dieser nicht bereits dann als erfüllt anzusehen, wenn technische Maßnahmen zur Schaffung eines geeigneten Bauplatzes vorgenommen werden

22.02.2017, [Ro 2016/09/0008](#)

DenkmalschutzG; Verhängung einer Geldstrafe wegen Durchführung archäologische Arbeiten (Grabungen) ohne Genehmigung; der ggst „Halde“ (künstliche Aufschüttung von Schlacke oder tauben Gesteinsmassen im Bergbau) könnte eine historische Bedeutung für die Erforschung der Bergbaugeschichte und deshalb die Denkmaleigenschaft zukommen; dass eine von Menschenhand geschaffene Anhäufung schon zur Entstehungszeit als Abfall betrachtet wurde, vermag ihre **Qualifikation als Denkmal** grundsätzlich nicht zu hindern; ebenso könnten sich darin Produkte menschlicher Bergbautätigkeit, sohin prähistorische Gegenstände, die das Ergebnis menschlicher Tätigkeit sind, befinden

23.02.2017, [Ra 2016/21/0152](#)

BFA-VerfahrensG; nach § 52 Abs 2 BFA-VerfahrensG (idF BGBl I 70/2015) hatten **Rechtsberater auf Ersuchen des Fremden** ua an der mündlichen Schubhaftverhandlung teilzunehmen; die Teilnahme des Rechtsberaters an der mündlichen Verhandlung „im Namen des Antragstellers“ hat somit vertretungshalber zu erfolgen; damit ist den Erfordernissen für die Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes durch die Beistellung eines Rechtsberaters ausreichend Rechnung getragen; es bedarf nicht der Beigebung eines Rechtsanwalts als Verfahrenshelfer

28.02.2017, [Ra 2015/11/0089](#)

WaffenG; bescheidmäßige Feststellung, dass die ggst **halbautomatischen Gewehre Kriegsmaterial** iSd §§ 5 und 18 WaffenG darstellen; dies bemisst sich daran, ob sie bei einer Gesamtbetrachtung als Gewehre anzusehen sind, die ihrem Wesen nach dazu bestimmt sind, beim Schießsport zur Abgabe von Schüssen verwendet zu werden; in diese Gesamtbetrachtung fließen Herstellerangaben, die objektive Eignung der Waffen für den Schießsport sowie gegebenenfalls ein tatsächlicher Einsatz solcher Waffen im Rahmen des Schießsports ein

28.02.2017, [Ra 2016/11/0164](#)

Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG; Vereinbarkeit der in § 7d Abs 1 und 2 Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG normierten Verpflichtung zur **Bereithaltung von Unterlagen betreffend die Lohneinstufung** in deutscher Sprache am Arbeitsort mit

dem Unionsrecht; Verpflichtung verfolgt ein „im Allgemeininteresse liegendes Ziel“, nämlich den sozialen Schutz der Arbeitnehmer; keine Bedenken hinsichtlich der Bereithaltungspflicht der Lohnunterlagen bereits ab dem ersten Arbeitstag am Arbeitsort; effektive Kontrolle auch jener entsendeter Arbeitskräfte, die am Arbeitsort nur für kurze Zeit beschäftigt werden

28.02.2017, [Ra 2017/11/0002](#)

FührerscheinG; Entzug der Lenkberechtigung für zwei Wochen aufgrund **Überschreitens der erlaubten Höchstgeschwindigkeit**; die Überschreitungen der jeweils zulässigen Höchstgeschwindigkeit in dem in § 7 Abs 3 Z 4 FührerscheinG genannten Ausmaß führt auch dann zwingend zu einer Entziehung der Lenkberechtigung nach § 26 Abs 3 leg cit, wenn Basis der festgelegten Geschwindigkeitsbeschränkung eine Verordnung nach dem IG-L war

28.02.2017, [Ro 2017/16/0002](#)

Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG; Vorschrift eines **vorgezogenen Erschließungsbeitrags** nach § 13 Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG; der **Begriff „unbebaut“** iSd § 13 Abs 1 leg cit ist dahingehend auszulegen, dass auf dem betreffenden Grundstück kein Gebäude errichtet ist, mag auch eine sonstige bauliche Anlage gegeben sein; trotz errichtetem Schwimmbad (bauliche Anlage) ist das ggst Grundstück sohin als „unbebaut“ anzusehen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 10.03.2017, [W113 2146354-2](#)

VwGVG; für den Ausschluss der **aufschiebenden Wirkung von Bescheidbeschwerden** muss grundsätzlich **eine umfassende Interessenabwägung** zwischen den öffentlichen Interessen und denen des Bf durchgeführt werden; nach der Rsp des EuGH ist allerdings eine Aussetzung der Vollzugsakte im Rahmen **europäischer Verordnungen** nur zulässig, falls erhebliche Zweifel an der Gültigkeit einer Gemeinschaftsverordnung bestehen; Kollision mit den nationalen, rechtsstaatlichen Überlegungen zur vorgesehenen Interessenabwägung

BVwG 21.03.2017, [W228 2148776-1](#)

ArbeitslosenversicherungsG; **AVG**; weder die Aufzahlungs- noch die Rückzahlungsmodalitäten des **Arbeitslosengelds** als Leistungssachen sind im Verwaltungsrechtsweg bekämpfbar; entgegen einer vorherigen Judikatur beurteilt das BVwG diese **Zahlungsmodalitäten nicht als Bescheid** und bestätigt folgerichtig die Zurückweisung der (privatwirtschaftlich handelnden) Behörde auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

LVwG Oö 16.03.2017, [LVwG-410919](#)

VwGVG; **VwGG**; wurde dem LVwG bekannt, dass der Bf bereits **vor der Einbringung der Revision verstorben** war und davon ausgehend dessen Rechtsvertreter dazu aufgefordert, binnen bestimmter Frist zu belegen, ob noch ein entsprechendes Vollmachtsverhältnis besteht – widrigenfalls das LVwG vom Nichtvorliegen einer Vollmacht zum Zeitpunkt der Revision ausgehen wird – ist die **Revision zurückzuweisen**, wenn seitens des Rechtsvertreters des Bf innerhalb dieser Frist keine Äußerung erfolgte

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Tir 23.03.2017, [LVwG-2017/44/0611-1](#)

Tir AbfallwirtschaftsG; gem § 17 Abs 2 Tir AbfallwirtschaftsG erwächst der Gemeinde keine Parteistellung hinsichtlich der behördlichen Genehmigung des Tarifs zur Abfallentsorgung; zwar ist die Gemeinde verpflichtet den Rest- und Sperrmüll zu der öffentlichen Behandlungsanlage zu bringen, die **Kosten für die Entsorgung** trägt aber letztlich nicht die Gemeinde, sondern der Bürger; durch die Möglichkeit der Einhebung von Abfallgebühren gegenüber dem Bürger entfällt somit die **erhebliche Beeinträchtigung** von Rechten der Gemeinde und begründet keine Parteistellung im Verfahren

LVwG Wien 27.01.2017, [VGW-002/022/2477/2016 ua](#)

GlücksspielG; die **bloße Ähnlichkeit einer beworbenen Seite**, auf der keine verbotenen Ausspielungen angeboten werden, mit einer anderen Seite, auf der verbotene Ausspielungen angeboten werden, führt nicht dazu, dass eine Werbung für die erste Seite den Tatbestand des § 52 Abs 1 Z 9 GlücksspielG erfüllt

LVwG Wien 01.03.2017, [VGW-111/V/077/2855/2017](#)

AVG; ZiviltechnikerG; ein Ziviltechniker ist vor dem LVwG nicht vertretungsbefugt; dass **Ziviltechniker** zur berufsmäßigen Parteienvertretung vor den ordentlichen Gerichten oder dem VwG befugt wären, wird vom Bundesministerium nicht behauptet und trifft nach der Einschätzung des Gerichts auch nicht zu; dies ergibt sich mitunter daraus, dass der Gesetzgeber die Befugnis zur **berufsmäßigen Parteienvertretung** für gewisse Berufssparten ausdrücklich vorsieht (zB § 117 Abs 5 GewerbeO für Immobilienreuhänder)

LVwG Wien 06.03.2017, [VGW-002/032/15743/2016 ua](#)

Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten; VStG; eine Bestrafung nach § 2 Abs 2 Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten ist nicht vom **Ort des zivilrechtlichen Vertragsabschlusses abhängig**; ein Abstellen auf solche Örtlichkeiten würde zu einer unsachlichen Auslegung des § 2 Abs 2 leg cit führen; Lokal inhaber könnten durch zivilrechtliche Ausgestaltung vom Verbotstatbestand umfasste Wetten straffrei ausführen; dies wäre ein Wertungswiderspruch und Verstoß gegen den **Schutzzweck der Norm**

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[28.03.2017, Rs C-72/15, Rosneft](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** (GASP) – Restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen der Russischen Föderation, die die Lage in der Ukraine destabilisieren – Vorschriften des Beschlusses 2014/512/GASP und der Verordnung (EU) Nr 833/2014 – Gültigkeit – Zuständigkeit des Gerichtshofs – **Partnerschaftsabkommen EU–Russland** – **Begründungspflicht** – Grundsätze der Rechtssicherheit und der Bestimmtheit – Zugang zu den Kapitalmärkten – **Finanzhilfe** – Global Depositary Receipts – **Erdölsektor** – Ersuchen um Auslegung der Begriffe ‚Ton- und Schiefergestein‘ und ‚unter Wasser in Tiefen von mehr als 150 Metern‘ – Unzulässigkeit

[29.03.2017, Rs C-652/15, Tekdemir](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Assoziierungsabkommen** zwischen der Europäischen Union und der Türkei – Beschluss Nr 1/80 – Art 13 – **Stillhalteklause**l – Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen eines türkischen Arbeitnehmers, der dem regulären Arbeitsmarkt eines Mitgliedstaats angehört – Etwaiges Vorliegen eines zwingenden Grundes des Allgemeininteresses, der neue Beschränkungen rechtfertigt – Wirksame Steuerung der Migrationsströme – Erfordernis einer **Aufenthalts erlaubnis für Drittstaatsangehörige** unter 16 Jahren – **Verhältnismäßigkeit**

[30.03.2017, Rs C-146/16, Verband Sozialer Wettbewerb](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unlautere Geschäftspraktiken** – Werbung in einem Printmedium – **Vorenthaltung wesentlicher Informationen** – Zugang zu diesen Informationen über die Website, über die die betroffenen Produkte vertrieben werden – Produkte, die von demjenigen, der die Anzeige veröffentlicht hat, oder von Dritten verkauft werden

[30.03.2017, Rs C-315/16, Lingurár](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Finanzierung durch den ELER – Unterstützung der Entwicklung des ländlichen Raums – **Natura-2000-Zahlungen** – Privatpersonen vorbehaltene Begünstigung – Waldgebiet, das zum Teil im **Staatseigentum** steht

[30.03.2017, Rs C-335/16, VG Čistoča](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Abfälle – Richtlinie 2008/98/EG – Deckung der Kosten der **Abfallbewirtschaftung** – Verursacherprinzip – Begriff ‚**Abfallbesitzer**‘ – Für die Abfallbewirtschaftung geforderte Gebühr – Sondergebühr, die **Kapitalinvestitionen** finanzieren soll

B. SCHLUSSANTRÄGE

[30.03.2017, Rs C-320/15, Kommission / Griechenland \(GA Bobek\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Umwelt** – Behandlung von kommunalem **Abwasser** – Art 4 Abs 1 und 3 sowie Anhang I Abschnitt B und Abschnitt D der Richtlinie 91/271/EWG – **Repräsentative Proben**

[30.03.2017, Rs C-560/15, Europa Way und Persidera \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinien 2002/20/EG, 2002/21/EG und 2002/77/EG – Übergang vom analogen zum digitalen Fernsehen – Zuteilung von digitalen Frequenzen an die Netzbetreiber – **Neue digitale Frequenzen** („digitale Dividende“) – Nichtigerklärung eines laufenden Zuteilungsverfahrens und Ersetzung durch ein neues Verfahren der entgeltlichen Ausschreibung mit Versteigerung – Pflicht zur Durchführung einer vorherigen **öffentlichen Konsultation** – Unabhängige **nationale Regulierungsbehörde** – Eingriff des nationalen Gesetzgebers in ein laufendes Verfahren vor der Regulierungsbehörde

[30.03.2017, Rs C-46/16, LS Customs Service \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Zollunion** – Waren, die während des externen Versandverfahrens im Zollgebiet der Union der zollamtlichen Überwachung entzogen werden – Bestimmung des Zollwerts – Voraussetzungen für die Anwendung der **Transaktionswertmethode** – Verkauf zur **Ausfuhr in einen Drittstaat** – Ermittlung des Zollwerts auf der Grundlage von in der Union verfügbaren Daten – **Ermittlungs- und Begründungspflichten** der mitgliedstaatlichen Zollverwaltung

[30.03.2017, Rs C-73/16, Puškár \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Schutz der **Grundrechte** – Notwendigkeit eines Vorverfahrens – Liste personenbezogener Daten, die zum Zweck der Bekämpfung des Steuerbetrugs erstellt wurde – Zulässigkeit der Liste als Beweismittel – **Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit** – Verhältnis zwischen der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

[30.03.2017, Rs C-112/16, Persidera \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinien 2002/20/EG, 2002/21/EG und 2002/77/EG – Übergang vom analogen Fernsehen zum digitalen Fernsehen – Ermittlung der Anzahl der jedem Inhaber von analogen Frequenzen zuzuteilenden digitalen Frequenzen – Berücksichtigung bisher illegal genutzter analoger Frequenzen – Umwandlungsverhältnis – Umrechnungsfaktor – **Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Verhältnismäßigkeit**

[30.03.2017, verb Rs C-196/16 und C-197/16, Comune di Corridonia \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Umwelt** – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – **Biogasanlagen** – Prüfung der Umweltauswirkung nach der Errichtung von Anlagen

C. GERICHT

[28.03.2017, T-210/15, Deutsche Telekom / Kommission](#)

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Dokumente eines Verfahrens zur Durchführung der **Wettbewerbsregeln** – Verweigerung des Zugangs – **Begründungspflicht** – Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen eines Dritten – Ausnahme zum Schutz des Zwecks von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten – **Überwiegendes öffentliches Interesse** – Konsultation Dritter – **Transparenz** – Fehlen einer fristgemäßen Beantwortung eines Zweitanspruchs

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

28.03.2017, Beschwerde Nr. [25536/14](#), *Škorjanec / Kroatien*

Verletzung von Art 3 (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) **ivm Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); Verurteilung zweier Männer wegen rassistisch motivierter Gewalttaten gegen den roma-stämmigen Partner der Bf, jedoch **keine Verurteilung** bezüglich **rassistisch motivierter Gewalt** im Hinblick auf die Angriffe gegen die Bf, da sie **keine Angehörige** der Roma ist; Konventionswidrigkeit der fehlenden Verurteilung, da rassistisch motivierte Gewalt auch gegenüber Personen erfolgen kann, die aufgrund ihrer persönlichen Merkmale nicht selbst das Ziel des ethnischen Hasses sind, jedoch mit einer derartigen **Zielperson in Verbindung** stehen

28.03.2017, Beschwerde Nr. [61411/15 ua](#), *Z.A. ua / Russland*

Verletzung von Art 3 (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) **und Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); Konventionswidrigkeit im Fall der **Verweigerung** des **Eintritts** in das Staatsgebiet für die aus dem Irak, Palästina, Somalia und Syrien stammenden Bf, was zu fünf bis acht Monaten bzw **zwei Jahre dauernden Aufenthalten** in der **Transitzone** eines **Flughafens** führte

30.03.2017, Beschwerde Nr. [35589/08](#), *Nagmetov / Russland (GK)*

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); Art 41 EMRK (gerechte Entschädigung); Tod des Sohnes des Bf durch eine Tränengasgranate infolge der gewaltsamen Auflösung einer Versammlung; Zuerkennung einer **Entschädigungszahlung** von **50.000 Euro** zum Ersatz des immateriellen Schadens aufgrund der schwerwiegenden Umstände des Einzelfalls **trotz unzureichender Geltendmachung** des **Anspruchs auf gerechte Entschädigung** im Hinblick auf die Vorgaben des EGMR

30.03.2017, Beschwerde Nr. [21884/15](#), *Chowdury ua / Griechenland*

Verletzung von Art 4 Abs 2 EMRK (Verbot der Zwangsarbeit); konventionswidriger **Menschenhandel** sowie **Zwangsarbeit** im Fall der 42 aus Bangladesch stammenden Bf, die in Griechenland ohne Arbeitslaubnis und unter **widrigen Bedingungen** (bewaffnete Aufsicht, keine Entlohnung) zum **Erdbeerpflücken** auf einer Farm gezwungen wurden; darüber hinaus Verletzung positiver (Schutz-)Pflichten aufgrund der unzureichenden staatlichen Untersuchung und Sanktionierung der Vorkommnisse

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.